



FRANK SCHMITT

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Newsletter

Hamburg, im Juli 2026

Sehr geehrte Damen und Herren; Liebe Freundinnen und Freunde!

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie unmittelbar politische Entscheidungen Hamburg und den Alltag in unseren Stadtteilen betreffen. Beim Olympia-Referendum haben die Hamburgerinnen und Hamburger klar entschieden. Ich hätte mir ein anderes Ergebnis gewünscht, respektiere dieses Votum aber selbstverständlich. Viele Ziele, die mit einer Bewerbung verbunden waren – bessere Sportstätten, mehr Barrierefreiheit, moderne Verkehrswege und eine nachhaltige Stadtentwicklung – bleiben richtig und müssen nun ohne Olympia weiterverfolgt werden.

Gleichzeitig stehen wichtige Zukunftsentscheidungen an. Der Senat hat den Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/28 vorgelegt. Nach der Sommerpause wird die Bürgerschaft beraten, wie Hamburg handlungsfähig bleibt und zugleich in Schulen, soziale Angebote, Sicherheit, Klimaschutz und Infrastruktur investiert. Wie konkret solche Investitionen werden, zeigen der Siegerentwurf für die neue Köhlbrandbrücke und der Beschluss über 51,6 Millionen Euro für die weitere Planung der U5-West. Gerade für Lurup und Osdorf ist das ein wichtiger Schritt hin zur lange erwarteten Schnellbahnanbindung.

Auch vor Ort bewegt sich viel. Die Luruper Hauptstraße und die Wedeler Landstraße werden saniert, die Modernisierung der Elbgaustraße geht weiter und der Jollenhafen Mühlenberg erhält Unterstützung für seine Erneuerung. Hinzu kommen Verbesserungen beim Mieterschutz, das vergünstigte Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren und die Förderung gemeinnütziger Projekte durch Tronc-Mittel. Politik entscheidet sich nicht nur in großen Debatten, sondern auch daran, ob Wege sicherer, Mobilität bezahlbar und Angebote im Stadtteil erhalten bleiben.

In dieser Ausgabe finden Sie außerdem Rückblicke auf Begegnungen und Veranstaltungen sowie Hinweise auf die nächsten Möglichkeiten zum persönlichen Austausch. Politik lebt vom Gespräch. Deshalb freue ich mich über Ihre Erfahrungen, Fragen und Anregungen – bei unseren Terminen im Wahlkreis ebenso wie in meinem Abgeordnetenbüro.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer

Frank Schmitt

Wahlkreisabgeordneter für Lurup, Osdorf, Iserbrook, Groß Flottbek, Rissen, Sülldorf, Blankenese, Nienstedten

Olympia-Referendum: Klare Entscheidung, klarer Auftrag

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben entschieden: Beim Bürgerschaftsreferendum am 31. Mai 2026 hat sich eine Mehrheit gegen eine Bewerbung Hamburgs um Olympische und Paralympische Spiele ausgesprochen. Das endgültige Ergebnis hat der Senat am 23. Juni festgestellt. 292.705 Hamburgerinnen und Hamburger stimmten mit Ja, 358.861 mit Nein. Damit wurde zwar das erforderliche Zustimmungsquorum von 262.609 Ja-Stimmen erreicht, die Vorlage aber wegen der höheren Zahl der Nein-Stimmen nicht angenommen. Der Anteil der Nein-Stimmen lag endgültig bei 55,1 Prozent. Die Beteiligung war mit 49,6 Prozent hoch.

Auch organisatorisch war das Referendum eine große Aufgabe: Rund 1,3 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger waren abstimmungsberechtigt. Die Unterlagen einschließlich der Briefabstimmungsunterlagen wurden allen Stimmberechtigten direkt zugeschickt. Am Abstimmungstag selbst konnten die Hamburgerinnen und Hamburger zusätzlich in 178 Abstimmungsstellen abstimmen. Rund 84.000 Menschen nutzten diese Möglichkeit an der Urne. Fast 6.000 Ehrenamtliche sorgten in den Abstimmungs- und Briefabstimmungsvorständen dafür, dass die Stimmen zügig ausgezählt werden konnten.

Ich hätte mir ein anderes Ergebnis gewünscht, denn Olympische und Paralympische Spiele hätten Hamburg zusätzlichen Rückenwind geben können: für Investitionen in Sport, Mobilität, Barrierefreiheit, moderne Infrastruktur und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Aber Demokratie bedeutet eben auch, Entscheidungen zu akzeptieren, wenn sie anders ausfallen als erhofft. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben klar entschieden – und dieses Votum ist zu respektieren.



Hamburgs Erster Bürgermeister in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft zum Olympia-Referendum: Nach der klaren Entscheidung der Hamburgerinnen und Hamburger bleibt der Auftrag, die Zukunft der Stadt weiter entschlossen zu gestalten.
Foto: Hamburgische Bürgerschaft / Michael Zapf

In der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft nach dem Referendum hat Bürgermeister Peter Tschentscher deutlich gemacht, worauf es jetzt ankommt: Es gehe darum, die „Ziele, die für unsere Stadt wichtig sind, auch ohne Olympia zu erreichen“. Genau darum geht es nun. Viele der Ziele, über die im Zusammenhang mit der Bewerbung

gesprochen wurde, bleiben richtig. Hamburg braucht weiterhin gute Sportstätten, bessere Wege für alle, eine starke öffentliche Infrastruktur, mehr Barrierefreiheit und eine Stadtentwicklung, die soziale Teilhabe, Klimaschutz und Lebensqualität zusammenbringt.

Gerade der breite öffentliche Austausch in den vergangenen Wochen hat gezeigt, wie wichtig vielen Menschen die Zukunft Hamburgs ist. Daran sollten wir anknüpfen. Nicht mit Enttäuschung, sondern mit dem klaren Blick nach vorn: Hamburg bleibt eine wachsende, sportliche, soziale und lebenswerte Stadt – und es liegt weiter an uns, sie Schritt für Schritt besser zu machen.

📌 Das vollständige **Ergebnis des Olympia-Referendums** stellt das Statistikamt Nord online bereit:

🔗 www.wahlen-hamburg.de/Olympia-Referendum_2026

📌 Die **Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft vom 3. Juni 2026** ist in der Mediathek der Hamburgischen Bürgerschaft abrufbar. Dort kann unter anderem die Debatte zum Olympia-Referendum im Rahmen der Aktuellen Stunde als Video angesehen werden:

🔗 mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/23/25

Ein neues Wahrzeichen für den Hafen: Siegerentwurf der Köhlbrandbrücke vorgestellt

Die neue Köhlbrandbrücke wird konkreter: Der Senat hat den Siegerentwurf für den Ersatzneubau vorgestellt. Damit ist ein wichtiger Meilenstein für eines der zentralen Infrastrukturprojekte im Hamburger Hafen erreicht. In einem mehrstufigen Wettbewerb wurde ein Entwurf ausgewählt, der die vertraute Form der bisherigen Brücke aufgreift und zugleich die Grundlage für die weitere Planung bildet.

Der Siegerentwurf knüpft bewusst an die Gestalt der heutigen Köhlbrandbrücke an: zwei Pylone, Schrägseile und eine klare, elegante Form. Zugleich soll die neue Brücke technisch moderner und nachhaltiger werden, unter anderem durch einen effizienteren Einsatz CO₂-intensiver Materialien wie Stahl. Geplant ist eine lichte Höhe von 73,5 Metern. Damit können auch große und künftig erwartete Containerschiffe den Köhlbrand ohne die heutigen Höhenbeschränkungen passieren. Vorgesehen sind zwei Fahrstreifen je Richtung. Die bestehende Brücke soll bis zur Fertigstellung des Neubaus weiter in Betrieb bleiben, damit der Verkehr im Hafen auch während der Bauzeit möglichst zuverlässig fließen kann.

Dass Hamburg hier handeln muss, ist unstrittig. Die heutige Köhlbrandbrücke ist eines der am stärksten belasteten Verkehrsbauwerke im Hafen. Sie wird an einem durchschnittlichen Werktag von rund 34.000 Fahrzeugen befahren, darunter etwa 12.700 Lkw. Der Schwerverkehrsanteil liegt bei rund 37 Prozent und soll weiter steigen.



Mit dem Siegerentwurf wird das nächste große Infrastrukturprojekt im Hamburger Hafen greifbar. Die neue Köhlbrandbrücke soll Verkehr, Hafenentwicklung und Stadtbild für die kommenden Jahrzehnte miteinander verbinden.
Bild: Grassl, sbp, WTM, gmp, PPL / Rendering: Gärtner + Christ

Zugleich leidet das Bauwerk unter Materialermüdung und Schäden, die dauerhaft nicht mehr grundlegend zu beheben sind. Die neue Köhlbrandquerung ist deshalb eine notwendige Investition in die Zukunft des Hafens und seiner Arbeitsplätze.

Die Brückenlösung war nach einer Neubewertung der Alternativen gegenüber den Tunnelvarianten als Vorzugsvariante ausgewählt worden. Sie ist nach den bisherigen Kostenschätzungen mit einer Spanne von rund 4,4 bis 5,3 Milliarden Euro die wirtschaftlichste der geprüften Varianten. Die Planungen laufen bereits weiter. Ziel ist eine Verkehrsfreigabe der neuen Köhlbrandbrücke bis Ende der 2030er-Jahre. Dabei bleibt wichtig, alle realistischen Beschleunigungsmöglichkeiten zu nutzen, ohne Sorgfalt, Sicherheit und Transparenz zu vernachlässigen.

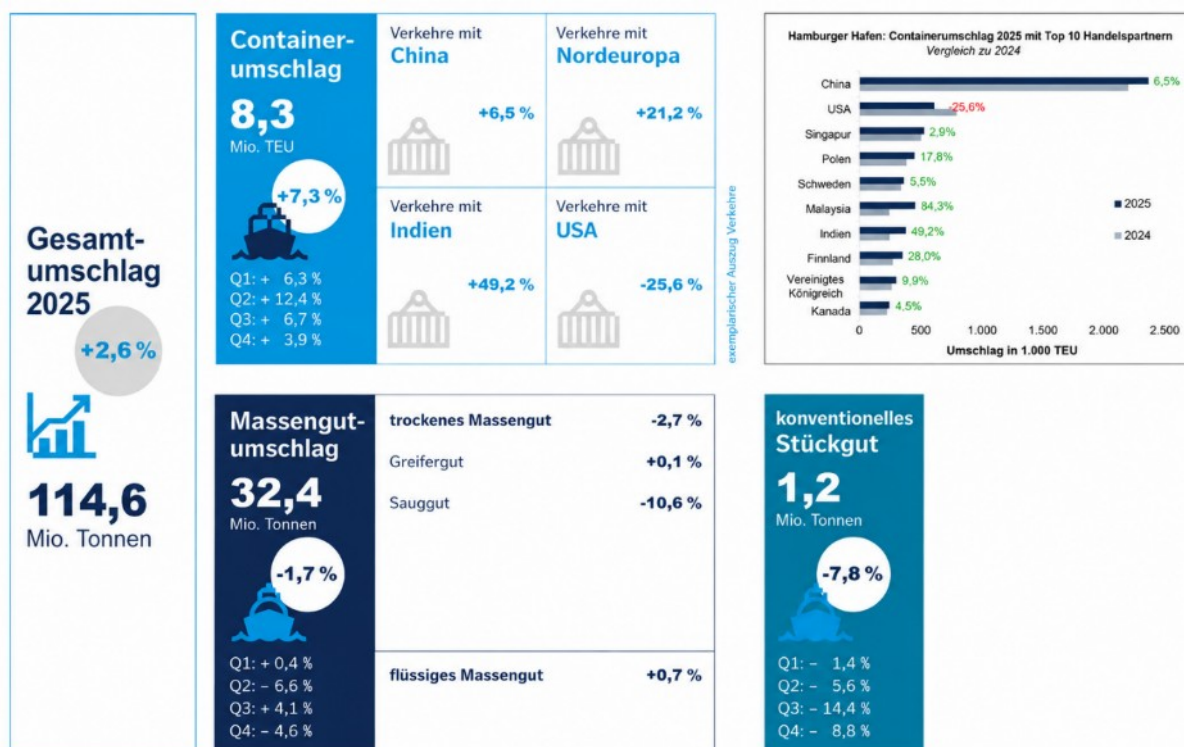
Für mich ist entscheidend: Hamburg braucht eine leistungsfähige Hafeninfrastruktur, die auch in Zukunft trägt. Der Hafen ist ein zentraler Teil unserer Wirtschaft, unserer Arbeitswelt und unserer städtischen Identität. Mit dem Siegerentwurf wird sichtbar, wie diese Zukunft aussehen kann: verlässlich, funktional und mit einem Bauwerk, das das Potenzial hat, zu einem Hamburger Wahrzeichen zu werden.

✚ Weitere Informationen zur geplanten **neuen Köhlbrandbrücke** unter:
www.hamburg.de/verkehr/neue-koehlbrandbruecke

Gute Zahlen für den Hafen im Jahr 2025

Die Umschlagszahlen für 2025 zeigen: Der Hamburger Hafen behauptet sich in einem anspruchsvollen internationalen Umfeld. Besonders der Containerumschlag hat sich positiv entwickelt. Zugleich zeigen die Unterschiede zwischen einzelnen Handelsregionen, wie stark globale Entwicklungen, Lieferketten und geopolitische Veränderungen auf den Hafen wirken.

Für Hamburg ist das eine wichtige Botschaft: Der Hafen bleibt ein zentraler Motor für Arbeit, Wertschöpfung und internationale Verbindungen. Damit das so bleibt, braucht er eine leistungsfähige Infrastruktur. Die neue Köhlbrandbrücke, moderne Hafenflächen, gute Hinterlandanbindungen und zuverlässige Verkehrswege gehören deshalb zusammen. Heute zu investieren sichert die Bedeutung des Hafens für Hamburg und weit darüber hinaus.



Die Umschlagszahlen 2025 zeigen: Der Hamburger Hafen behauptet sich in einem anspruchsvollen internationalen Umfeld.
 Infografik: © HPA

Doppelhaushalt 2027/28: Verlässlich bleiben, Zukunft sichern

Der Senat hat Ende Juni seinen Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/28 vorgelegt. Nach der Sommerpause beginnen dazu die parlamentarischen Beratungen in den Ausschüssen der Hamburgischen Bürgerschaft. Dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern um die Frage, wie Hamburg auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig bleibt, zentrale Leistungen sichert und weiter in die Zukunft unserer Stadt investiert.

Die Rahmenbedingungen sind anspruchsvoll. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist schwach, die Einnahmeerwartungen gehen zurück und zugleich steigen gesetzliche Ausgaben, etwa im Sozialbereich. Trotzdem hält Hamburg an einer soliden Finanzpolitik fest. Der Haushaltsentwurf beachtet die Vorgaben der Schuldenbremse. Gleichzeitig sollen wichtige Leistungsversprechen erhalten bleiben: die beitragsfreie fünfstündige Grundbetreuung in der Kita, die kostenfreie Grundbetreuung im schulischen Ganztags, stabile Klassenhöchstgrenzen, der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit, der Verzicht auf Studiengebühren, bezahlbares Wohnen, innere Sicherheit, soziale Angebote in den Stadtteilen und die Umsetzung des Klimaplanes.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Investitionen. Hamburg will die Investitionen im Kernhaushalt in der Finanzplanperiode bis 2030 erstmals auf mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Hinzu kommt der Hamburger Anteil aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität. Diese Mittel sollen über den „Hamburger Investitionsbooster“ gebündelt werden. Geplant sind Investitionen unter anderem in Schulen, Wissenschaft, den öffentlichen Nahverkehr, E-Busse, Ampelanlagen, Wohnungsbau, Klimaschutz, öffentliche Gebäude, Polizei, Feuerwehr, Justiz und weitere Infrastruktur.

In den Beratungen wird es darauf ankommen, sehr genau hinzuschauen: Welche Ausgaben sind notwendig, welche Investitionen sichern die Zukunft der Stadt und wie können wir gute öffentliche Leistungen auch dauerhaft finanzieren? Für mich ist klar: Wer andere Prioritäten setzen will, muss auch sagen, wie sie bezahlt werden sollen. Hamburg darf nicht über seine Verhältnisse leben. Aber Hamburg darf auch nicht an seiner Zukunft sparen. Genau diese Balance aus Konsolidierung, Verlässlichkeit und Investitionen wird im Mittelpunkt der parlamentarischen Beratungen stehen.

Demokratie schützen: Verfassungsschutzbericht und Regelanfrage

Der Hamburger Verfassungsschutzbericht 2025 macht deutlich: Die freiheitliche Demokratie steht auch in Hamburg unter Druck. Rechtsextremismus, Islamismus, Antisemitismus, Linksextremismus, auslandsbezogener Extremismus sowie hybride Bedrohungen und Desinformation stellen den Staat und unsere offene Gesellschaft vor große Herausforderungen. Besonders der Rechtsextremismus bleibt eine zentrale Gefahr für den Rechtsstaat. Zugleich zeigen internationale Konflikte, Spionage, Sabotageversuche und gezielte Falschinformationen, wie sehr sich Sicherheitsfragen verändert haben. Hamburg ist als weltoffene Metropole, Wirtschaftsstandort und Hafenstadt dabei besonders im Blick extremistischer und nachrichtendienstlicher Akteure.

Der Bericht zeigt aber auch, dass Hamburg diesen Bedrohungen nicht tatenlos zusieht. Ein Beispiel ist das Verbot der islamistischen Gruppierung „Muslim Interaktiv“, das maßgeblich auf Erkenntnissen des Hamburger Verfassungsschutzes beruhte. Gerade weil extremistische Akteure heute stark über soziale Netzwerke wirken und gezielt junge Menschen ansprechen, ist es wichtig, dass Sicherheitsbehörden Entwicklungen früh erkennen, aufklären und handlungsfähig bleiben.

Vor diesem Hintergrund hat die Hamburgische Bürgerschaft im Juni nach intensiven Beratungen im Innenausschuss und im Plenum das Gesetz zum Schutz des öffentlichen Dienstes vor verfassungsfeindlichen Einflüssen beschlossen. Kern ist eine sogenannte Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz. Künftig soll vor Einstellungen, Verbeamtungen, Entfristungen sowie bei Wechseln in besonders schützenswerte Bereiche geprüft werden können, ob relevante Erkenntnisse zur Verfassungstreue einer Person vorliegen. Erfasst werden Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte sowie Richterinnen und Richter. Wichtig ist dabei: Die Entscheidung über eine Einstellung trifft nicht der

Verfassungsschutz, sondern weiterhin die zuständige Dienststelle. Der Verfassungsschutz liefert nur die dafür relevanten Erkenntnisse.

Für mich ist diese Unterscheidung zentral. Es geht nicht um politische Meinungen, demokratisches Engagement oder zivilgesellschaftliche Beteiligung. Genau deshalb ist das Verfahren eng begrenzt und rechtsstaatlich abgesichert: Eine Abfrage erfolgt erst dann, wenn eine Person im Bewerbungsverfahren bereits ausgewählt wurde oder wenn bestimmte Personalmaßnahmen anstehen. Relevant sind nur Erkenntnisse, die auf eine aktive Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hindeuten können. Betroffene müssen vor einer ablehnenden Entscheidung angehört werden, erhalten Auskunft über maßgebliche Erkenntnisse und können den Rechtsweg nutzen. Außerdem gilt das Gesetz zunächst befristet für fünf Jahre und wird nach drei Jahren evaluiert.

Die weit überwiegende Mehrheit der mehr als 90.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst Hamburgs arbeitet rechtstreu, zuverlässig und mit großem Verantwortungsbewusstsein. Gerade deshalb ist es richtig, den öffentlichen Dienst vor wenigen, aber potenziell gefährlichen Einzelfällen zu schützen. Eine wehrhafte Demokratie braucht klare Regeln, handlungsfähige Institutionen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat auf dem Boden des Grundgesetzes handelt. Hamburg geht hier einen verantwortungsvollen Weg: entschlossen gegen Extremismus, aber mit rechtsstaatlicher Sorgfalt.

✦ Wer sich näher informieren möchte, findet den **Gesetzentwurf zur Regelanfrage im öffentlichen Dienst** in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok durch Eingabe der **Drucksachennummer 23/1870**. Der **Änderungsantrag der Regierungsfractionen** ist dort unter der **Drucksachennummer 23/4417** abrufbar.

✦ In der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 17. Juni 2026 wurde unter anderem über das **Gesetz zur Regelanfrage im öffentlichen Dienst** debattiert. Die Aufzeichnung kann in der Mediathek der Hamburgischen Bürgerschaft als Video angesehen werden: mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/23/26

Seniorenticket: Günstiger unterwegs mit dem hvv Deutschlandticket

In meinem Januar-Newsletter hatte ich das neue Seniorenticket bereits angekündigt. Inzwischen ist das vergünstigte hvv Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren erhältlich: Seit dem 1. Mai können Hamburgerinnen und Hamburger ab 67 Jahren mit Wohnsitz in Hamburg das Deutschlandticket für 49 Euro im Monat nutzen. Das bedeutet eine Entlastung von 168 Euro im Jahr. Wer das Ticket neu bestellen möchte, kann dies über die hvv switch App, über hvv.de oder in einer hvv Servicestelle tun. Auch ein Einstieg im laufenden Monat ist möglich. Der Preis wird dann anteilig berechnet. Für Seniorinnen und Senioren mit Sozialrabatt kostet das Deutschlandticket derzeit noch 27,50 Euro im Monat.

Für mich ist das ein wichtiger Schritt für bezahlbare Mobilität in jeder Lebensphase. Gerade im Alter entscheidet eine gute und erschwingliche Mobilität darüber, ob Menschen selbstständig unterwegs sein, Familie und Freunde besuchen, Kulturangebote wahrnehmen und ihre alltäglichen Wege gut bewältigen können. Zusammen mit dem kostenlosen Schülerticket und den Vergünstigungen für Auszubildende, Studierende, Beschäftigte und Menschen mit geringem Einkommen wird die Hamburger Ticketfamilie rund um das Deutschlandticket damit sinnvoll ergänzt.

✦ Informationen zum **Seniorenticket**, zu den **Voraussetzungen** und zur **Bestellung** finden Sie unter:

www.hvv.de/senioren

Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter: Hamburgs Initiativen zeigen Wirkung

Über den Schutz von bezahlbarem Wohnraum und bessere Regeln für Mieterinnen und Mieter habe ich bereits in früheren Newslettern berichtet. Nun gibt es gleich an mehreren Stellen konkrete Fortschritte.

Hamburg hat das Wohnraumschutzgesetz geändert, um Kurzzeit- und Ferienvermietungen besser zu begrenzen. Hintergrund ist, dass Wohnraum in Hamburg knapp ist und Wohnungen nicht dauerhaft dem regulären Mietmarkt entzogen werden sollen. Künftig gilt die bekannte Acht-Wochen-Regel auch dann, wenn nur einzelne Zimmer oder bis zu 50 Prozent der eigenen Wohnfläche kurzfristig vermietet werden. Diese bisherige Ausnahme läuft zum 1. Januar 2027 aus. Die übrigen Änderungen gelten bereits seit dem 20. Mai 2026. Zugleich werden durch neue europäische Vorgaben Daten von Online-Plattformen besser nutzbar, so dass unzulässig lange Kurzzeitvermietungen leichter erkannt werden können.

Auch beim Mieterschutz auf Bundesebene bewegt sich etwas. Der Bundesrat hat strengeren Regeln bei Indexmieten und möbliertem Wohnen zugestimmt. In angespannten Wohnungsmärkten sollen Indexmieten künftig begrenzt werden, wenn die Inflation stark steigt. Außerdem sollen Möblierungszuschläge transparenter werden und vor Vertragsabschluss offengelegt werden müssen. Damit wird es schwieriger, die Mietpreisbremse durch möblierte Vermietung zu umgehen.

Für Hamburg ist das wichtig, weil viele Menschen schon heute einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. Bezahlbares Wohnen entsteht nicht nur durch Neubau, sondern auch dadurch, dass bestehender Wohnraum geschützt und Mietrecht fair ausgestaltet wird. Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Der lange politische Druck aus Hamburg wirkt. Jetzt kommt es darauf an, die neuen Regeln konsequent umzusetzen und den Schutz von Mieterinnen und Mietern weiter zu verbessern.

Grundsteuer: Hamburg hält Wort bei der Aufkommensneutralität

Die Reform der Grundsteuer hat in den vergangenen Jahren viele Eigentümerinnen und Eigentümer, aber auch Mieterinnen und Mieter beschäftigt. Deshalb gab es dazu bereits früh Dialogangebote, unter anderem gemeinsam mit Finanzsenator Dr. Andreas Dressel. Damals war eine zentrale Zusage: Hamburg nutzt die Reform nicht, um insgesamt mehr Geld einzunehmen.

Diese Zusage wird eingehalten. Auch im zweiten Jahr der neuen Grundsteuer liegt das Aufkommen der für Wohnen und Gewerbe wichtigen Grundsteuer B bei rund 507,7 Millionen Euro und damit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zielwert für die Aufkommensneutralität lag bei 510 Millionen Euro. Damit bleibt Hamburg auch 2026 darunter.

Wichtig ist dabei: Aufkommensneutralität bedeutet nicht, dass jeder einzelne Bescheid unverändert bleibt. Durch die Reform kann es im Einzelfall zu Entlastungen oder Mehrbelastungen kommen. Entscheidend ist aber, dass die Stadt insgesamt nicht mehr einnimmt als angekündigt. Genau das war der Maßstab, an dem sich die Reform messen lassen musste.

Für den Hamburger Westen war und bleibt wichtig, dass die neue Grundsteuer verständlich erklärt wird und Wohnen nicht zusätzlich verteuert. Die bisherigen Zahlen zeigen: Hamburg hat sein Versprechen eingehalten. Das schafft Vertrauen in die Umsetzung einer Reform, zu der Bund und Länder nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet waren.

Hamburgische Bürgerschaft beschließt 51,6 Millionen Euro für die U5-West

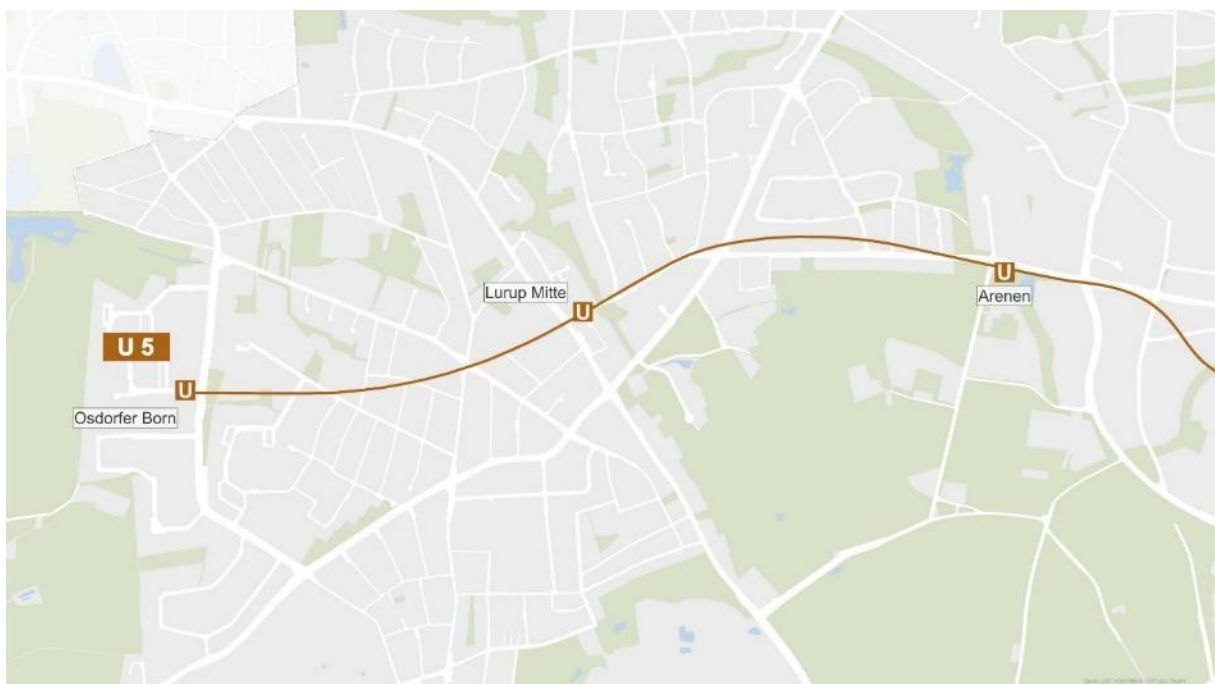
In ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause hat die Hamburgische Bürgerschaft 51,6 Millionen Euro für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung der U5-West bewilligt. Damit wird die weitere Planung der Strecke von den Arenen über Lurup bis zum Osdorfer Born konkret vorangebracht. In meinem Debattenbeitrag dazu habe ich deutlich gemacht: Wer will, dass dieses Projekt zügig und verlässlich vorankommt, muss auch die nächsten Planungsschritte finanzieren. Genau das hat die Bürgerschaft mit diesem Beschluss getan.

Für Lurup, Osdorf und den Osdorfer Born ist das ein wichtiges Signal. Seit vielen Jahren wird im Hamburger Westen über eine bessere Schnellbahnanbindung gesprochen. Mit der U5-West wird diese Perspektive konkreter. Die geplante Strecke soll den Hamburger Westen besser mit dem Schnellbahnnetz verbinden und damit für viele Menschen im Alltag einen echten Unterschied machen: auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zur Ausbildung, zu Terminen in der Stadt oder auch in der Freizeit.

Besonders wichtig ist dabei, dass die U5-West Teil einer umfassenden Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg ist. Die U5 soll künftig quer durch die Stadt führen und dort zusätzliche Kapazitäten schaffen, wo Busse und Bahnen schon heute stark nachgefragt sind. Für den Hamburger Westen bedeutet sie zugleich eine lange erwartete Perspektive für Stadtteile, die bisher nicht an das Schnellbahnnetz angebunden sind.

Mit den nun bewilligten Mitteln kann die Planung weiter vertieft werden. Dabei geht es unter anderem um die konkrete Ausarbeitung der Strecke, der Haltestellen, der technischen Anforderungen und der weiteren Genehmigungsschritte.

Aus den ersten Beteiligungsveranstaltungen ist bereits hervorgegangen, wo die beiden für den Wahlkreis besonders wichtigen Haltestellen geplant sind: Lurup Mitte im Bereich Lüttkamp/Lurup Center und Kroonhorst im Bereich Born Center. Damit werden zwei zentrale Orte in Lurup und Osdorf direkt an die U5 angebunden. Die Beteiligung wurde inzwischen fortgesetzt und soll auch im weiteren Verlauf der Planung eine wichtige Rolle spielen – etwa bei der Frage, wie die Zugänge zu den künftigen Haltestellen gestaltet werden und wie sie gut aus den Stadtteilen erreichbar sind.



Die Vorzugsvariante der U5-West mit der geplanten Trasse und den Haltestellenlagen von den Arenen über Lurup Mitte bis zum Osdorfer Born.
Grafik: Hamburger Hochbahn AG / U5 Projekt GmbH

Gerade für Lurup und den Osdorfer Born ist die U5-West ein entscheidendes Zukunftsprojekt. Viele Menschen im Hamburger Westen sind bisher auf lange Buswege und Umstiege angewiesen, wenn sie schnell in andere Teile der Stadt kommen wollen. Eine Schnellbahnanbindung verändert deshalb nicht nur Fahrzeiten, sondern auch die Perspektive für die Stadtteile. Sie macht Lurup und Osdorf besser erreichbar, stärkt die Zentren vor Ort und verbindet den Westen enger mit der ganzen Stadt.

Natürlich bleibt ein solches Projekt anspruchsvoll. Planung, Genehmigung und Bau brauchen Zeit, Sorgfalt und auch weiterhin eine gute Beteiligung der Menschen vor Ort. Aber mit der Bewilligung der 51,6 Millionen Euro ist der nächste konkrete Schritt gemacht. Die Botschaft aus der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause ist klar: Wir meinen die Anbindung von Lurup und Osdorf ernst und treiben die U5-West weiter voran.

✦ Wer sich näher informieren möchte, findet in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok durch Eingabe der **Drucksachennummer 23/4203** die Vorlage zur Nachbewilligung im Haushaltsplan 2025/2026, unter anderem für den Neubau der U5-West von den Arenen bis zum Osdorfer Born. Das **Protokoll über die Beratung dieser Drucksache im Verkehrsausschuss** am 4. Juni 2026 ist durch Eingabe von **23/9** und entsprechender Auswahl abrufbar.

✦ In der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 1. Juli 2026 wurde unter anderem über die Haushaltsmittel für den **Neubau der U5-Mitte von der Jarrestraße bis zu den Arenen und der U5-West von den Arenen bis zum Osdorfer Born** debattiert. Die Debatte kann in der Mediathek der Hamburgischen Bürgerschaft als Video angesehen werden: mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/23/27



Rede in der Hamburgischen Bürgerschaft am 1. Juli 2026 zur weiteren Planung der U5-West und zur besseren Schnellbahnanbindung von Lurup und Osdorf.

Luruper Hauptstraße: Sanierung kommt, Entwicklung im Blick

Die Luruper Hauptstraße ist eine der wichtigsten Verkehrsachsen im Hamburger Westen. Viele erleben täglich, dass die Fahrbahn in Teilen deutlich in die Jahre gekommen ist. Deshalb habe ich den Senat mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage nach dem Zustand der Straße und den geplanten Instandsetzungsmaßnahmen gefragt. Die Antwort ist konkret: Vom 27. Juli bis voraussichtlich 21. August 2026 soll die Fahrbahn der Luruper Hauptstraße im Abschnitt zwischen Wilsdorfallée und Gorch-Fock-Straße/Engelbrechtweg erneuert werden. Die Arbeiten finden bewusst in den Sommerferien statt und sind mit weiteren Maßnahmen im Hamburger Westen abgestimmt, insbesondere mit der vorherigen Sanierung der Wedeler Landstraße. Gearbeitet werden soll auch an Samstagen und teilweise an Sonntagen, jeweils unter Beachtung des Lärmschutzes.

Während der Bauzeit wird es Einschränkungen geben. Für den Autoverkehr ist stadtauswärts eine Einbahnstraßenregelung vorgesehen. Stadteinwärts soll der Verkehr über Bornheide und den Knotenpunkt Luruper Hauptstraße/Elbgaustraße/Rugenbarg umgeleitet werden. Auch der Busverkehr ist betroffen: Stadteinwärts wird er über eine südliche Route geführt, stadtauswärts werden zeitweise Ersatzhaltestellen eingerichtet. Dadurch können sich Fahrzeiten verlängern. Das ist ärgerlich für alle, die dort täglich unterwegs sind, aber die Sanierung ist notwendig. Wer nicht möchte, dass sich der Zustand im nächsten Winter weiter verschlechtert, muss jetzt handeln.

Wichtig ist dabei: Die Fahrbahnsanierung ist ein erster Schritt, aber nicht die abschließende Lösung für die Luruper Hauptstraße. Für 2027 ist vorgesehen, auch die Nebenflächen in Abschnitten mit Erhaltungsbedarf instand zu setzen. Dazu gehören Geh- und Radwege sowie Bushaltestellen, die nach Möglichkeit barrierefrei ausgebaut werden sollen. Die Arbeiten sollen nach vorläufiger Planung Ende des ersten Quartals 2027 beginnen und spätestens im dritten Quartal 2028 abgeschlossen sein.

Auch die provisorische Ampel an der Luruper Hauptstraße/Fahrenort bleibt zunächst bestehen. Sie wird weiterhin gebraucht, weil die Querung an dieser Stelle wichtig ist. Gleichzeitig bleibt die Frage offen, wie der Bereich künftig besser gestaltet werden kann, damit die Querung sicher bleibt und der Verkehr an der Einmündung besser funktioniert. Eine größere Veränderung ist im Rahmen der jetzigen Unterhaltungsmaßnahme nicht möglich, weil dafür die gesamte Kreuzungsgeometrie neu geplant werden müsste.

Für mich ist klar: Die Luruper Hauptstraße braucht beides – kurzfristig eine verlässliche Sanierung der beschädigten Fahrbahn und langfristig eine bessere Entwicklung als Stadtstraße. Dabei geht es nicht nur um Asphalt, sondern auch um sichere Geh- und Radwege, barrierefreie Haltestellen, bessere Quermöglichkeiten, mehr Aufenthaltsqualität und eine bessere Verbindung rund um das Luruper Zentrum. Deshalb werde ich die weiteren Planungen aufmerksam begleiten.

✦ Meine Schriftliche Kleine Anfrage mit der Antwort des Senats unter dem Titel „**Zustand der Luruper Hauptstraße und geplante Instandsetzungsmaßnahmen**“ kann in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok durch Eingabe der **Drucksachennummer 23/3931** aufgerufen werden.

Hamburg saniert seine Infrastruktur auch im Wahlkreis

Hamburg investiert weiter in die Sanierung von Straßen und Brücken. Nach dem harten Winter stellt die Verkehrsbehörde zusätzlich 39 Millionen Euro für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie die Beseitigung von Winterschäden bereit. Davon fließen 30 Millionen Euro zusätzlich in Straßen, weitere 9 Millionen Euro in Brücken. Ziel ist, wichtige Verkehrswege sicher, zuverlässig und alltagstauglich zu halten.

Auch im Hamburger Westen stehen in diesem Sommer mehrere größere Maßnahmen an. In Rissen wird die Fahrbahndecke der Wedeler Landstraße zwischen Brünschentwiete und Adebarweg erneuert. Die Arbeiten sind wegen länger bestehender Schäden und Versackungen in der Fahrbahn notwendig. Dabei werden auch Gehwegflächen reguliert, Schachtabdeckungen angepasst und Fahrbahnmarkierungen erneuert. Für den

Durchgangsverkehr wird eine Umleitung eingerichtet; der Fußverkehr soll ohne Einschränkungen möglich bleiben. Dass diese Maßnahme bewusst in die Sommerferien gelegt wird, ist richtig: So lassen sich Einschränkungen für den Schul-, Berufs- und Alltagsverkehr zumindest reduzieren.

Wichtig ist dabei auch, dass die Bauprojekte im Hamburger Westen aufeinander abgestimmt werden. Nach den Arbeiten in Rissen folgt die bereits ausführlich dargestellte Sanierung der Luruper Hauptstraße. Damit werden zwei wichtige Verkehrsachsen im Wahlkreis gezielt angegangen, ohne die Belastungen unnötig parallel zu bündeln.

Hinzu kommt die laufende Sanierung der Elbgaustraße zwischen Farnhornweg und Niekampsweg/Furtweg. Dort werden die Arbeiten abschnittsweise fortgesetzt. Auf einer Länge von rund 1,8 Kilometern werden Fahrbahn, Geh- und Radwege erneuert, Bushaltestellen erweitert und barrierefrei ausgebaut sowie die Radroute 18 verbessert. Dabei geht es also nicht nur um einzelne Schlaglöcher, sondern um eine grundlegende Modernisierung einer wichtigen Verkehrsachse. Die Gesamtmaßnahme läuft bereits seit 2025 und soll voraussichtlich Ende Mai 2027 abgeschlossen werden.

Für Anwohnerinnen und Anwohner, Pendlerinnen und Pendler sowie Gewerbetreibende sind solche Baustellen ohne Frage belastend. Gerade deshalb ist es wichtig, Bauzeiten möglichst kurz zu halten, Maßnahmen aufeinander abzustimmen und transparent über Umleitungen und Einschränkungen zu informieren. Nach Auskunft des LSBG werden Baustelleninformationen fortlaufend aktualisiert, vor Ort verteilt und auf der Projektseite veröffentlicht; mit besonders betroffenen Gewerbetreibenden wird in der Regel auch persönlich gesprochen. Zugleich haben Rückmeldungen aus den Stadtteilen gezeigt, dass diese Informationen nicht überall zuverlässig ankommen. Deshalb habe ich mich an die Verkehrsbehörde gewandt und gebeten, den LSBG für dieses Thema zu sensibilisieren und die Kommunikation vor Ort zu verstärken und zu verbessern.

Für mich ist wichtig, dass der Hamburger Westen im Blick bleibt. Rissen, Lurup und die Elbgaustraße zeigen ganz konkret, was Infrastrukturpolitik im Alltag bedeutet: Es geht um sichere Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zum Bus und zur Bahn. Baustellen nerven, aber am Ende zählen bessere Straßen, mehr Verkehrssicherheit und verlässlichere Verbindungen für unsere Stadtteile.



An der Elbgaustraße werden Fahrbahn, Geh- und Radwege sowie barrierefreie Querungen grundlegend modernisiert. Die Arbeiten sollen bis 2027 abgeschlossen werden.

Wassersport an der Elbe: Jollenhafen Mühlenberg wird saniert

Der Jollenhafen Mühlenberg ist einer der wichtigsten Orte für den Wassersport im Hamburger Westen. Elf Vereine und Organisationen nutzen die Anlage, insgesamt mit mehr als 4.500 Mitgliedern. Besonders beeindruckend ist die Nachwuchsarbeit: In der Jugendabteilung des Mühlenberger Segel-Clubs trainieren jede Woche rund 250 Kinder. Damit befindet sich am Mühlenberg die größte Segelausbildungsabteilung Deutschlands.

Damit dieser Standort erhalten bleibt, hat die Hamburgische Bürgerschaft im Mai die Sanierung der Anlage auf den Weg gebracht. Aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2030 werden dafür bis zu 220.000 Euro bereitgestellt. Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei gut 417.000 Euro. Der Trägerverein bringt insgesamt rund 170.000 Euro aus Eigen- und Drittmitteln ein; darin enthalten ist die Beteiligung des Hamburger Sportbundes. Zusätzlich unterstützt das Bezirksamt Altona die Sanierung mit bis zu 50.000 Euro.

Konkret geht es um die sogenannte Schlengelanlage des Jollenhafens. Das ist eine schwimmende Steg- und Anlegeranlage, an der Boote festgemacht werden können und die sich mit dem Wasserstand bewegt. Gerade an der Elbe ist eine solche Konstruktion wichtig, weil Wasserstände, Strömungen und Wellenbewegungen durch vorbeifahrende Schiffe die Anlagen stark beanspruchen. Die bestehende Anlage stammt in wesentlichen Teilen aus dem Jahr 1969. Durch veränderte Strömungsverhältnisse, stärkeren Schwell und schwere Sturmfluten ist sie inzwischen so stark belastet, dass insbesondere die Pfahlgründung und die rund 130 Meter lange südliche Schlengelanlage im Westteil des Hafens grundlegend erneuert werden müssen.

Die geplante neue Aluminium-Leichtbaukonstruktion soll nicht nur die Verkehrssicherheit wiederherstellen, sondern auch besser auf Wellenbewegungen reagieren. So können Schäden an vertäuten Sportjollen verringert und die Anlage insgesamt langlebiger gemacht werden.

Für mich ist diese Sanierung ein gutes Beispiel dafür, wie wir gezielt in Sportinfrastruktur investieren, die vor Ort wirklich gebraucht wird. Der Jollenhafen Mühlenberg ist nicht nur ein Liegeplatz für Boote, sondern ein Ort des Vereinslebens, der Jugendarbeit, der Teilhabe und des sportlichen Erfolgs bis hin zum Leistungssport. Gerade im Hamburger Westen gehört der Wassersport zur Identität vieler Menschen an der Elbe. Deshalb ist es richtig, dass Bürgerschaft, Bezirk, Hamburger Sportbund und die Vereine gemeinsam dafür sorgen, dass dieser besondere Standort auch künftig genutzt werden kann.

✚ Der Antrag zur Sanierung der Schlengelanlage des Jollenhafens Mühlenberg kann in der Parlamentsdatenbank unter www.buergerschaft-hh.de/parldok durch Eingabe der Drucksachennummer 23/3914 aufgerufen werden.

Tronc-Mittel: Unterstützung für Vereine und Projekte im Wahlkreis

Im Zuge der Haushaltsberatungen für die Jahre 2027/2028 wird die Hamburgische Bürgerschaft im Dezember auch wieder über Tronc-Mittel beschließen. Mit diesen Mitteln unterstützen wir gemeinnützige Arbeit in der Stadt. Die Gelder kommen sozialen Einrichtungen, Vereinen, Stiftungen und Initiativen zugute, die sich für Kinder und Jugendliche, sozialen Ausgleich, Sport, Kultur, Umwelt, Nachbarschaft und ein gutes Zusammenleben in den Stadtteilen engagieren.

Die Tronc-Abgabe stammt aus dem sogenannten Tronc der Spielbanken. Gemeint sind Zuwendungen von Spielbankbesucherinnen und -besuchern, die dem Personal, der Spielbank oder ohne erkennbare Zweckbestimmung gegeben werden. Ein Teil dieser Einnahmen fließt über den Haushalt in gemeinnützige Projekte. So entsteht aus einer besonderen Einnahme eine konkrete Unterstützung für das Engagement vor Ort.

Auch im Wahlkreis Altona-West konnten in den Haushaltsjahren 2025/2026 ganz unterschiedliche Einrichtungen von Tronc-Mitteln profitieren. Insgesamt 26.000 Euro gingen an Projekte, die sehr gut zeigen, wie vielfältig gemeinnütziges Engagement vor Ort ist: Das Bücherparadies in Iserbrook konnte neue Literatur anschaffen, der Kleingartenverein Vermoor

e.V. erhielt Unterstützung für Fenster mit Rollläden als Beitrag zur energetischen Sanierung des Vereinshauses, die Insel-Werkstatt e.V. für eine neue Abricht-Dickenhobelmaschine und die DLRG Altona e.V. für Rettungsmittel. Auch die ev.-luth. Kirchengemeinde Blankenese wurde bei Verbesserungen rund um das Fischerhaus unterstützt, ebenso die Lebenshilfe Schenefeld e.V. mit ihrem Kinderwohngruppenhaus in Osdorf. In früheren Jahren konnten unter anderem auch der ASB, die Jugendfeuerwehr und ein Kindergarten berücksichtigt werden.

Diese Beispiele zeigen, wie breit die Tronc-Mittel wirken können: Manchmal geht es um soziale Arbeit, manchmal um Ausstattung, Rettungsmittel, Kultur, Bildung oder ganz praktische Verbesserungen in Vereinen und Einrichtungen. Entscheidend ist, dass die Projekte gemeinnützig sind und einen nachvollziehbaren Beitrag für die Stadtteile leisten.

Wer Tronc-Mittel beantragen möchte, sollte die wichtigsten Voraussetzungen frühzeitig im Blick haben: Gefördert werden konkrete, gemeinnützige Projekte oder Anschaffungen. Betriebs- und Personalkosten sind nicht förderfähig. Außerdem dürfen Maßnahmen, die aus Tronc-Mitteln finanziert werden, erst beginnen, wenn die Förderung bewilligt und die Mittel verfügbar sind, was erst im Laufe des kommenden Jahres der Fall sein wird. Vereine, soziale Einrichtungen und Initiativen aus meinem Wahlkreis können sich gern an mein Büro wenden, wenn sie Tronc-Mittel beantragen möchten.

Veranstaltungen im Rückblick

Anerkennung und Dialog: Veteranentag auf dem Rathausmarkt

Am 14. Juni fand in Hamburg zum zweiten Mal der Nationale Veteranentag statt. Auf dem Rathausmarkt kamen aktive und ehemalige Soldatinnen und Soldaten, ihre Familien, Verbände, soziale Einrichtungen der Bundeswehr sowie Hilfs- und Blaulichtorganisationen mit vielen Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch. Unter dem Motto „Veterans, Family & Friends“ ging es darum, die Menschen hinter der Uniform sichtbar zu machen und ihre Erfahrungen stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.



Im Austausch beim Nationalen Veteranentag auf dem Rathausmarkt, der den Dialog zwischen Bundeswehr, Gesellschaft und Politik stärken soll. Foto: Hamburgische Bürgerschaft / Susanne Ahrens

Als Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft habe ich die Veranstaltung auf dem Rathausmarkt gerne besucht und mich an den zahlreichen Ständen über die Arbeit der beteiligten Organisationen informiert. Vertreten waren unter anderem der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, der Deutsche Bundeswehrverband, das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sowie Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk. Auch der Bund ukrainischer Veteranen und Familien „UA Veterans Germany“ stellte seine Arbeit vor. Zum Programm gehörten musikalische Beiträge des Marinemusikkorps, traditionelle ukrainische Musik und eine Podiumsdiskussion zur Bedeutung von Veteraninnen und Veteranen für Gesellschaft und Bundeswehr.

Der Nationale Veteranentag wird seit 2025 jährlich rund um den 15. Juni begangen. Er geht auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages zurück und soll Anerkennung, Respekt und Wertschätzung für aktive und ehemalige Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ausdrücken. In Hamburg wurde der Tag zusätzlich mit einem Senatsempfang im Rathaus begangen, an dem ich im Anschluss an das Bürgerfest teilgenommen habe.

Für mich ist wichtig, dass Anerkennung nicht abstrakt bleibt. Wer im Dienst für unser Land Verantwortung übernimmt, verdient Respekt, Aufmerksamkeit und verlässliche Unterstützung. Dazu gehören auch die Familien, die diesen Dienst mittragen, sowie ein offener Austausch zwischen Bundeswehr, Politik und Gesellschaft. Der Veteranentag auf dem Rathausmarkt hat dafür einen guten Rahmen geschaffen: sichtbar, zugänglich und mitten in der Stadt.

Demokratie zum Mitmachen: Jugend im Parlament

Wie fühlt es sich an, im Plenarsaal zu sitzen, einen eigenen Antrag zu beraten, andere mit Argumenten zu überzeugen und am Ende über konkrete Vorschläge abzustimmen? Genau das erleben Schülerinnen und Schüler beim Planspiel „Jugend im Parlament“ der Hamburgischen Bürgerschaft.



Bei der Sitzungsleitung im Plenarsaal: Beim Planspiel „Jugend im Parlament“ erleben Schülerinnen und Schüler, wie aus eigenen Ideen parlamentarische Debatten und Entscheidungen werden.
Foto: Hamburgische Bürgerschaft / Natalie Hentschel

Am 5. und 9. Juni 2026 habe ich als Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft die fiktiven Bürgerschaftssitzungen im Rahmen des Planspiels geleitet. Für die Jugendlichen wurde aus politischer Bildung damit ganz praktisch erlebbare Demokratie: Sie schlüpften in die Rolle von Abgeordneten, bildeten Fraktionen, brachten eigene Anträge ein, diskutierten in Ausschüssen und debattierten schließlich im Plenum.

Ein besonderer Dank gilt den beteiligten Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften, der Bürgerschaftskanzlei sowie Politik zum Anfassen e.V., die dieses Planspiel ermöglichen. „Jugend im Parlament“ macht deutlich: Junge Menschen haben gute Ideen, klare Anliegen und Lust auf Beteiligung, wenn man ihnen den Raum dafür gibt.

Die Bandbreite der Themen zeigte eindrucksvoll, was junge Menschen bewegt. Auf den Tagesordnungen standen unter anderem politische Bildung und Teilhabe an Schulen, bessere Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, bezahlbare Mobilität, sicherere Radwege, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Klimaschutz, grüne Dächer, PV-Anlagen, soziale Angebote in benachteiligten Stadtteilen, Kulturangebote für alle sowie mehr Sicherheit an Bahnstationen und in öffentlichen Verkehrsmitteln. Viele dieser Themen sind keine abstrakten Zukunftsfragen, sondern berühren den Alltag junger Menschen unmittelbar. Die Ergebnisse des Planspiels werden dokumentiert und der Politik zur Information und Beratung vorgelegt.

Gerade deshalb ist „Jugend im Parlament“ mehr als ein Planspiel. Es zeigt, dass Demokratie nicht nur aus Regeln, Verfahren und Tagesordnungen besteht. Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Anliegen formulieren, um Mehrheiten werben, Widerspruch aushalten und am Ende gemeinsam Entscheidungen treffen.

Für mich ist das ein besonders wichtiger Punkt: Junge Menschen lassen sich nicht für Politik begeistern, wenn man ihnen Demokratie nur erklärt. Das gelingt viel besser, wenn sie selbst erleben, dass ihre Meinung zählt, dass ihre Ideen ernst genommen werden und dass aus einem Gedanken ein Antrag, eine Debatte und vielleicht sogar ein politischer Impuls werden kann.

Wer einmal im Plenarsaal gesprochen, für die eigene Idee geworben und über Anträge abgestimmt hat, schaut anders auf Politik. Dann ist Demokratie nicht mehr nur etwas, das andere machen. Dann wird spürbar: Ich kann mich einbringen. Ich kann etwas anstoßen. Meine Stimme macht einen Unterschied. Genau solche Erfahrungen brauchen junge Menschen – und genau solche Erfahrungen braucht unsere Demokratie.

Sommerfest vor meinem Büro in entspannter Atmosphäre

Vor der parlamentarischen Sommerpause habe ich wieder zu meinem Sommerfest rund um mein Abgeordnetenbüro in Lurup eingeladen. Viele Besucherinnen und Besucher aus dem Wahlkreis Altona-West nutzten bei Kaffee, Kuchen, Würstchen und kühlen Getränken die Gelegenheit zum Gespräch.

Besonders gefreut habe ich mich über die Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern, Engagierten aus Vereinen und Organisationen sowie Gästen aus Partei und Bürgerschaft. Mit dabei waren unter anderem meine Wahlkreisabgeordnetenkollegin Philine Sturzenbecher, Sören Platten, Oktay Özdemir und Mithat Capar.

In meiner Begrüßung habe ich kurz auf die politische Arbeit der vergangenen Wochen zurückgeblickt, darunter auf die Entscheidung der Hamburgischen Bürgerschaft, 51,6 Millionen Euro für die weitere Planung der U5-West von den Arenen bis zum Osdorfer Born bereitzustellen. Ausführlicher berichte ich dazu an anderer Stelle in diesem Newsletter.

Im Mittelpunkt standen aber vor allem die persönlichen Gespräche. Für mich sind solche Begegnungen wertvoll: Sie zeigen, was die Menschen vor Ort bewegt, wo Politik erklären muss und wo konkrete Unterstützung gebraucht wird. Vielen Dank an alle, die dabei waren, mit angepackt und mit guten Gesprächen zu einem schönen Nachmittag beigetragen haben.

Mit dem Sommerfest hat sich mein Abgeordnetenbüro zugleich in die parlamentarische Sommerpause verabschiedet. Wer künftig über solche Termine informiert werden möchte, kann meinen Newsletter abonnieren oder sich unter frank-schmitt.info/sommerfest in die Sommerfest-Mailliste eintragen.

Veranstaltungen / Termine

Bürgerschaftssitzungen

Die Hamburgische Bürgerschaft tagt ab dem 2. September wieder jeden zweiten Mittwoch ab 13:30 Uhr im Plenarsaal des Hamburger Rathauses. Sie können die Sitzungen bequem von zu Hause aus im Livestream verfolgen – wahlweise mit Gebärdensprache oder Untertiteln – auf der Internetseite www.hamburgische-buergerschaft.de.

Noch eindrucksvoller ist der Besuch vor Ort: Gerne können Sie sich über mein Büro frühzeitig einen der begrenzten Plätze auf der Tribüne reservieren und eine der Sitzungen persönlich miterleben.

Ausschusssitzungen

Auch die Ausschusssitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft sind öffentlich und können ohne vorherige Anmeldung besucht werden. Alle aktuellen Termine und Tagesordnungen finden Sie im Kalender auf der Internetseite www.hamburgische-buergerschaft.de/aktuelles/termine sowie auf den jeweiligen Ausschuss-Seiten unter www.hamburgische-buergerschaft.de/unsere-arbeit/ausschuesse.

Sommertour unseres Fraktionsvorsitzenden Dirk Kienscherf

Auch in diesem Jahr ist der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dirk Kienscherf, auf seiner traditionellen Sommertour durch die Hamburger Bezirke unterwegs. Dabei geht es vor allem darum, vor Ort zuzuhören und Fragen, Anregungen und Kritik für die politische Arbeit im Rathaus aufzunehmen. In unserem Wahlkreis macht er in diesem Sommer in Lurup Station. Gemeinsam mit meiner Wahlkreiskollegin Philine Sturzenbecher, unserem Bürgerschaftskollegen aus Lurup Oktay Özdemir und mir steht Dirk Kienscherf am Infostand auf dem Eckhoffplatz für Gespräche zur Verfügung. Kommen Sie gerne vorbei und sprechen Sie uns auf die Themen an, die Sie in Lurup, im Wahlkreis und in Hamburg bewegen.

Freitag, 21. August 2026, 9:30 bis 10:30 Uhr

Lurup, Luruper Hauptstraße 138, am Lurup Center / Eckhoffplatz



Dirk Kienscherf freut sich auf seiner diesjährigen Sommertour auf den Austausch mit den Menschen am Infostand auf dem Eckhoffplatz in Lurup.

Gemeinsam vor Ort

Wie bereits vor der Sommerpause setzen meine Wahlkreiskollegin Philine Sturzenbecher und ich auch nach den Sommerferien unsere Dialogtour „Gemeinsam vor Ort“ fort. In verschiedenen Stadtteilen stehen wir für persönliche Gespräche, Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Sülldorf: Freitag, 11. September 2026, ab 10:00 Uhr

Sülldorfer Landstraße 202 – 204

Nienstedten: Sonnabend, 12. September 2026, ab 14:00 Uhr

Teufelsbrück vor dem Anleger

Iserbrook: Sonnabend, 19. September 2026, ab 10:00 Uhr

Sülldorfer Landstraße 1

Kommunalpolitische Fahrradtour Rissen/Sülldorf

Im September lädt die SPD Rissen/Sülldorf erneut zur kommunalpolitischen Fahrradtour ein. Gemeinsam mit dem Bezirksabgeordneten Henrik Strate radeln wir durch Rissen und Sülldorf und steuern dabei verschiedene Stationen an, an denen wir über aktuelle städtebauliche, verkehrliche und soziale Entwicklungen informieren. Wir hoffen auf einen schönen Spätsommertag und freuen uns auf zahlreiche Teilnehmende!

Nach der etwa zweistündigen Tour laden wir ab ca. 16 Uhr zu einem gemütlichen Beisammensein und Austausch ein. Auch diejenigen, die nicht an der Fahrradtour teilnehmen können, sind herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und anregende Gespräche!

Sonntag, 6. September 2026, 14:00 Uhr (Start Fahrradtour), ca. 16:00 Uhr (Beisammensein)

Treffpunkt: Eis Kalte Schnauze, Wedeler Landstr. 34, 22559 Hamburg



Bereits 2018 war ich bei der kommunalpolitischen Fahrradtour in Rissen und Sülldorf dabei.

Newsletter abonnieren

Mein regelmäßig erscheinender Newsletter ist kostenfrei erhältlich. Sie können die neueste Ausgabe automatisch per E-Mail oder Post erhalten, je nachdem, welche Variante Sie bevorzugen. Wenn Sie den Newsletter per Post erhalten möchten, bestellen Sie ihn einfach direkt über mein Abgeordnetenbüro.

Dies ist die gedruckte Version meines Newsletters. Für die elektronische Ausgabe scannen Sie einfach den nebenstehenden QR-Code oder tragen Sie sich direkt auf meiner Website www.frank-schmitt.info in die Verteilerliste ein. Bitte bestätigen Sie die E-Mail, die Sie daraufhin erhalten – prüfen Sie dazu ggf. auch Ihren Spam-Ordner.



Ich freue mich über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit.

Kontakt



Frank Schmitt

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Wahlkreisabgeordneter für den Wahlkreis Altona-West

SPD-Abgeordnetenbüro Frank Schmitt



Luruper Hauptstraße 274, 22547 Hamburg



Öffnungszeiten:

Montags von 10 bis 13 Uhr und dienstags von 14 bis 17 Uhr

Vereinbaren Sie außerhalb der Öffnungszeiten gerne einen Termin.

In den Ferien ist mein SPD-Abgeordnetenbüro geschlossen.

Parlamentarische Sommerpause vom 9. Juli bis 19. August 2026.



(040) 87 600 466



0152 53 77 49 10



moin@Frank-Schmitt.info



Frank-Schmitt.info



[@fschmittwk4](https://www.facebook.com/fschmittwk4)



[@fschmittwk4](https://www.instagram.com/fschmittwk4)



Zum Wahlkreis Altona-West gehören die Stadtteile Lurup, Osdorf, Iserbrook, Groß Flottbek, Rissen, Sülldorf, Blankenese und Nienstedten.
